

Die Aufstände in Frankreich

Fabien Jobard

► **To cite this version:**

Fabien Jobard. Die Aufstände in Frankreich: Politisierungsformen des urbanen Elends. Ellen Bareis; Thomas Wagner. Politik mit der Armut. Europäische Sozialpolitik und Wohlfahrtproduktion 'von unten', 2015, 978-3-89691-714-0. <<http://www.dampfboot-verlag.de/shop/artikel/politik-mit-der-armut>>. <halshs-01150800>

HAL Id: halshs-01150800

<https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-01150800>

Submitted on 11 May 2015

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Fabien Jobard

Die Aufstände in Frankreich Politisierungsformen des urbanen Elends

Beobachtet man das Verhältnis zwischen Armut und Politik, wie es sich aktuell in Frankreich darstellt, kann man kaum über die Wiederkehr einer speziellen politischen Ausdrucksform überrascht sein: die urbanen Aufstände.

Im Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich kann aber durchaus eine Differenz festgestellt werden. In Frankreich wie Deutschland waren im Fordismus starke Phasen der Industrialisierung und Urbanisierung bedeutend, die mit Zuwanderung (zunächst der sogenannten Gastarbeiter, dann deren Familien) verbunden waren. Beide Länder erlebten seit den 1980er Jahren Phasen der Ent-Industrialisierung (besonders ausgeprägt in Frankreich und in den neuen Bundesländern) sowie einen Armutsanstieg. Ebenso wurde in beiden Ländern die klassische Unterstützung durch den Wohlfahrtsstaat zurückgefahren. Doch auch wenn sich zugleich in Frankreich wie Deutschland soziale Bewegungen gegen den Sozialstaatsabbau bildeten (Streiks gegen die Rentenreformen 1995 in Frankreich, Proteste gegen Hartz IV in Deutschland), wird nur in Frankreich der städtische Aufstand als Form reaktiviert (zu einer genaueren Einschätzung der deutschen Lage, s. Naegler 2014). Hier entwickelten sich seit Ende der 1970er Jahre Formen sozialer Unruhen und urbaner Erhebung, die vor allem gegen die Polizei gerichtet sind, ein großes Ausmaß an Zerstörungen nach sich ziehen, sich von Stadt zu Stadt transportieren und sich scheinbar von einer Phase zur nächsten gleichen.

Das Vorhaben dieses Beitrags ist es, jene Wiederkehr der Ereignisse zu reflektieren. Karikierte man rund zweihundert Jahre sozialwissenschaftlicher Forschung, müsste man als Erklärung für die Wiederkehr des Phänomens städtischer Aufstände nur zwei Begriffe anbieten: jenen des Ritus und jenen der Nützlichkeit.

Entsprechend des ersten Begriffs, des Ritus, erklärten sich die sozialen Unruhen der Vorstädte durch die Verankerung und Weiterführung spezifischer Rituale in der Auseinandersetzung um den städtischen Raum. Dieser zeigte sich in der Befolgung genauer Regeln des Verhaltens und Sprechens, die die jeweilige Gruppierung betrifft. In gewisser Weise entspräche das am ehesten jenem Typ sozialer Phänomene, den die Stadtforschung „communalism“ in Indien nennt. Die „journées“ der französischen Arbeiter im 19. Jahrhundert, die Pogrome in Osteuropa Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, oder auch die Auseinandersetzungen verfeindeter Hooligan-Gruppen passen sehr genau zu diesem Erklärungsmodell.

Die entgegengesetzte Erklärung wäre jene der Nützlichkeit oder der Interessen- und Nutzenmaximierung, kurz gesagt: die ökonomische Rationalität. Diesem Begriff entsprechend erklärten sich die sozialen Unruhen schlicht und einfach durch die Tatsache, dass die Aufrührer durch die Erfahrungen ihrer Vorgänger wissen (oder glauben zu wissen), dass sich der Aufstand lohnt; in anderen Worten, dass das, was man gewinnt sehr viel mehr ist als das, was man verliert, auch wenn man die persönlichen Risiken der Protestierenden einrechnet.

Da ich vom rationalen Handeln der sozialen Akteure überzeugt bin, bevorzuge ich die letztere Erklärung. Doch möchte ich diese These prüfen, ohne die rituellen Dimensionen der Aufstände zu vernachlässigen. Ich möchte im Folgenden zeigen, dass sich die sozialen Unruhen in den Vorstädten Frankreichs sehr wohl in eine Politik der städtischen Verarmung einschreiben, und zwar in einem doppeltem Sinn. Meine These ist, dass der gewaltsame Protest eine Form der politischen Meinungsäußerung ist, die zwar auch in anderen Formen (wie z.B. der Wahl) ausgedrückt werden könnte. Sie zielt darauf ab, gemeinschaftliche Vorteile durchzusetzen, die die Aufständischen aber nicht auf anderem Wege erreichen würden.

Von diesen Überlegungen abgesehen sind die sozialen Unruhen in Frankreich als Teil des politischen Spiels zu verstehen. Denn das Maß in dem die Politiker mit der städtischen Gewalt rechnen und spekulieren, entspricht ziemlich genau ihrer Bedeutung im politischen Wahlkampf.

Daher möchte ich im vorliegenden Beitrag erstens die sozialen Unruhen als Teil der politischen Strategien der marginalisierten Bewohner_innen des Städtischen betrachten: Was fordern und erreichen die Aufständischen (nicht)? Zweitens betrachte ich die städtische Gewalt als Teil der politischen Formation in Frankreich: Was tragen die sozialen Unruhen zur Form des politischen Wahlkampfes in Frankreich bei? Zuvor werde ich die wichtigsten Etappen der urbanen Aufstände in einem kurzen einleitenden Kapitel zusammenfassen.

1. Stadt und Armut in Frankreich : die Aufstände in den Vorstädten

Der Funke von 1981

Alles begann im Sommer 1981, dem „heißen Sommer der französischen *banlieues*“, wie die Presse diese Phase nannte. Damals stahlen maghrebinische Jugendliche in einer Vorstadt von Lyon (der *cité Minguettes* in der Stadt Vénissieux)¹ Fahrzeuge, organisierten mit ihnen eine Art Rodeo auf den Parkplätzen der Siedlung und ließen die Autos nach einer Verfolgungsjagd mit der Polizei vor den Wohnhäusern in Flammen aufgehen. Am Ende dieses Sommers waren insgesamt etwa 250 Fahrzeuge in der Stadt Vénissieux verbrannt oder zerstört worden. In der französischen Gesellschaft führten diese Ereignisse zu einer tiefen Verstörung. Das Ereignis kam völlig unerwartet, da das erste Mal seit Mitte der 1950er Jahre (gewählt im Mai 1981) eine sozialistische Regierung unter der Präsidentschaft von François Mitterrand an der Macht war. Die sozialen Aufstände in den Banlieues von Lyon brachten neue Themen auf die nationale Tagesordnung. Dies waren Themen der Lebensbedingungen nicht nur der Einwanderer in den französischen Vorstädten und ganz besonders deren Verhältnis zur Polizei. Zuvor wurde dies kaum zum Thema in den politischen Debatten gemacht. Die sozialen Unruhen machten eine Sozialgeographie plötzlich sichtbar, die sich ganz am Rand der französischen Gesellschaft befand.

Man könnte daran anschließend diskutieren, was an diesem „heißen Sommer“ von Minguettes so neuartig war. Sicherlich erreichte die Öffentlichkeitswirkung der Ereignisse in Vénissieux einen Grenzwert, insofern das Ausmaß an Gewalt und Zerstörung in diesem Sommer in der *cité* vorher dagewesenes weit überstieg. Allerdings gab es auch im Laufe der 1970er Jahre schon vergleichbare Phänomene (B roud et al. 2011), um nicht von noch früheren Ereignissen zu sprechen, wie der Konfrontation zwischen Polizei und nordafrikanischen Arbeitern in den nördlichen Vierteln von Paris (Blanchard 2011), oder jener zwischen den „*loubards*“ (die etwa den Halbstarken in der jungen Bundesrepublik entsprechen) bzw. den sogenannten „Jugendbanden“, die sich ebenfalls an Orten der „*cités*“, z.B. auf Supermarktparkpl tzen oder vor privaten Feten und Diskotheken trafen – auch wenn diese Gewalt noch wenig mit jungen Immigranten zu tun hatte, weil diese zu der Zeit einfach noch zu wenige waren (Foss -Polliack & Mauger 1983). Auch die Besorgnis von behördlicher Seite gegenüber den Spannungen in den städtischen Siedlungen war 1981 nicht neu. Seit Beginn der 1970er Jahre wurde empfohlen, bei den Hochhäusern, die in den Siedlungen neu gebaut wurden, die Anzahl der Stockwerke in zu begrenzen. Mitte der siebziger Jahre verzichteten die st dttebaulichen

¹ In Frankreich werden verschiedene st dttebauliche Begriffe benutzt, um diese Phänomene zu bestimmen. Der Begriff *banlieue* ist international bekannt. Es handelt sich um ein altes Wort, das die Städte oder auch Weiler im Bann(kreis) der Kernstädte bezeichnet, die diesen gr o eren Städten untergeordnet sind. Wenn man heute von der „*banlieue de Paris*“ oder der „*banlieue de Lyon*“ spricht, ist eine Ansammlung von vielen Kommunen gemeint, die zwar alle in einer städtischen Beziehung zu Paris oder Lyon stehen, aber zum Teil dutzende Kilometer vom Stadtzentrum entfernt liegen. Es kann sich dabei auch um reiche *banlieues* handeln (wie z.B. Neuilly-sur-Seine, im Osten von Paris gelegen, wo Nicolas Sarkozy Bürgermeister war; eine der reichsten Städte in Europa). Etwas präziser für den Kontext der ärmeren Vororte ist der Begriff *cité* („Siedlung“). Eine *cité* ist ein Ensemble von Hochhäusern, die mit minimalen Anforderungen an Wohnkomfort seit den 1950er und bis Mitte der 1970er Jahren gebaut wurden. Die Bauphasen entsprechen den Zuwanderungswellen von Industriearbeitern (aus dem Ausland wie aus anderen Regionen Frankreichs).

Programme sogar auf staatliche finanzielle Unterstützung, um den Weg für Programme freizugeben, die sich „habitat et vie sociale“ (1977) nennen (übersetzt etwa: „Wohnen und soziales Leben“). Deren einziger Ehrgeiz bestand jedoch im Ausbau der sozialen Dienstleistungen, um die Mittelschicht vom Wegzug abzuhalten. Auch die Polizeigewerkschaften wurden nicht müde, auf den Anstieg von Delikten und Gewalt in den französischen „cités“ und „banlieues“ aufmerksam zu machen. Die nachfolgenden Regierungen waren jedoch zunächst damit beschäftigt, die Sicherheit der öffentlichen Einrichtungen in den Stadtzentren zu gewährleisten, die sie von linksradikalen Organisationen bedroht glaubten. Bedenken hinsichtlich der Vorstädte wurden also in dieser Zeit nur von jenen geäußert, die dort beruflich ihr Einsatzgebiet hatten. Die Gesellschaft als Ganzes, und vor allem die Politiker, zeigten gegenüber den sozialen Problemen eine ruhige Gelassenheit. Daher weckte sie der „heiße Sommer von Minguettes“ umso brutaler auf.

Insgesamt verlief das Jahrzehnt von 1980 eher ruhig. Keine Spitze der Gewalt wie jene von Minguettes erschütterte erneut die französischen Städte. Doch die Begriffe „banlieue“ und „cité“ wurden von der französischen Gesellschaft mehr und mehr dazu gebraucht um schwerwiegende soziale Probleme zu bezeichnen. Doch Obwohl sich nach den Ereignissen von Vénissieux im ganzen Land eine politische Aufmerksamkeit bemerkbar machte und die staatlichen Institutionen diverse Pläne entwickeln um den benachteiligten Vierteln zu helfen, blieb das Gewaltpotential in den sozialen Brennpunkten insgesamt sehr hoch. Dies betrifft verschiedene Formen von Devianz und Gewalt: Die Anzahl von Diebstählen und Sachbeschädigungen erreichte Ende der 1980er Jahre einen Höchststand; im Bereich körperlicher Gewalt zeichnete sich im Laufe der 1980er Jahre ein Anstieg ab; die Gewalt zwischen Bewohner_innen französischer Herkunft und jenen mit Migrationshintergrund nahm zu; ebenso die teilweise tödliche Gewalt durch Polizeikräfte, die auch immer mehr Aufmerksamkeit in der Presse und Öffentlichkeit auf sich zog. Während dieser Zeit machten sich die Auswirkungen der sozialen Krise immer mehr bemerkbar. Sie zeigten sich zunehmend auch darin, dass die Mittelschicht die Viertel verließ, in die sie selbst erst in den 1960er und 1970er Jahren eingezogen war.

Trotz verschiedener politischer Programme in den *cités*, stieg die Gewalt in den Vorstädten in den 1990er Jahren unaufhaltsam an und kulminierte in den sozialen Unruhen 2005.

&Ü3&Zwei Jahrzehnte sozialer Unruhen: 1990er und 2000er Jahre&Ü3&

Am 6. Oktober 1990 wurde der 21 jährige, leicht behinderte Thomas Claudio in der Nähe einer polizeilichen Straßensperre von einem Motorrad überfahren. Als sich das Ereignis in der cité von Vaulx-en-Velin, einer der ärmsten Städte Frankreichs, im Einzugsgebiet von Lyon herumspricht, plündern und branstiften die Jugendlichen im Einkaufszentrum und dem Bistro der Siedlung. Außerdem wüten sie im örtlichen Jugendzentrum, zerstören Fahrzeuge und liefern sich über zwei Tage lang einen Straßenkampf mit der Bereitschaftspolizei.

Wie zuletzt 1981 finden die Ereignisse eine große öffentliche Resonanz. Die im Verlauf der 1980er Jahre entwickelten Programme sollten zumindest den Ausbruch kollektiver Gewalt verhindern, wenn sie schon die „normale Delinquenz“ nicht verhindern konnten. Insbesondere in Vaulx-en-Velin hatte sich die gesamte politische Führung Lyons bemüht, neue Jugendeinrichtungen einzuweihen und die Hochhäuser zu sanieren. Daher galt die Stadt seit 1985 als gutes Beispiel für alle Städte Frankreichs. Angesichts der Bilder des in Flammen stehenden, den Plünderern ausgelieferten Supermarkts, wurde erst die Tragweite der tiefgreifende soziale Krise in den Vorstädten deutlich. Die Ende der 1970er Jahre begonnen und nach den sozialen Unruhen von Minguettes erweiterten öffentlichen Programme, hatten die Situation offensichtlich nicht beruhigt.

Nach der gleichen Ereignislogik (polizeiliche Gewalt oder Gerüchte über diese, in der Folge soziale Erhebungen) verliefen darauf folgend die Unruhen in zahlreichen französischen Städten: Mantes-la-Jolie 1991, Sartrouville 1992, Melun 1997, Paris nord 1993, Dammarie-lès-Lys 1997, Toulouse 1998,

Lille 2001, Clichy-sous-Bois 2005, Villiers-le-Bel 2007, Saint Dizier 2007, Grigny 2008, Romans-sur-Isère 2008, Woippy 2010, Amiens und Clermont-Ferrand 2012, usw. Auf der Basis der Pressemeldungen, lassen sich zehn bis fünfzehn solcher Konflikte pro Jahr in den französischen Städten allein im ersten Halbjahr des Jahrzehnts 1990 verzeichnen.

Angesichts der scheinbaren Gleichförmigkeit und Wiederholung der Ereignislogik möchte ich im Folgenden jedoch besonders die Differenzen herausarbeiten.

Ü3&Differenz und Wiederholung: die Mutationen in den städtischen Aufständen in Frankreich&Ü3&

Zunächst sind in den 2000er Jahren nicht die gleichen Städte von den Unruhen betroffen wie in den 1990er Jahren. In den 1990er Jahren waren eher die Städte im Einzugsgebiet der größten Städte Frankreichs (vor allem Lyon und Paris) mit Aufständen konfrontiert. Dagegen ereigneten sich viele der *riots* in den 2000er Jahren in Provinzstädten; insbesondere die riots von 2005, die gleichzeitig in ungefähr 350 Kommunen stattfanden. Dazu gehören also (Vor-)Städte im weiteren Einzugsgebiet (der „*grande banlieue*“), die mehrere Dutzend Kilometer vom metropolitanen Zentrum entfernt liegen und städtebaulich meist isoliert sind, wie z.B. Villiers-le-Bel 2007 oder Grigny 2007 und 2008 bis hin zu mittelgroßen Städten auf dem Land ohne Ballungsgebiete in der Nähe, wie z.B. Woippy, Romans-sur-Isère, Vitry-le-François ou Saint Dizier, die nur einige zehntausend Einwohner haben und im Osten Frankreichs liegen, und die eigentlich nicht unter die Kategorie der „Städte in der *banlieue* fallen. Wir sollten uns aber im Klaren darüber sein, dass alle angeführten Ereignisse einen gemeinsamen Auslöser haben: eine gewaltförmige Begegnung mit der Polizei oder anderen Sicherheitskräften – die Gewaltförmigkeit polizeilicher Razzien bildet somit den direkten und universellen Anlass für städtische Gewalt in Frankreich, wie bereits in den 1960er Jahren in den USA. Das Auftauchen jener gewalttätigen urbaner Proteste in neuen städtischen Terrains lässt sich auf drei verschiedene Weisen erklären. Die erste und geläufigste ist, dass die Krise der industriellen Produktion in den betroffenen Regionen wie Mosel und Lothringen besonders tiefgreifend ist. Im Osten Frankreichs folgen die Fabrikschließungen seit dreißig Jahren so dicht aufeinander, dass weder familiäre Bindungen noch der Sozialstaat (der selbst im Laufe der neo-liberalen Wende in Frankreich beschnitten wurde) gewaltförmige Artikulationen verhindern können. Das zweite Erklärungsmodell ergänzt das erste. In einem bissigen Beitrag hat der Soziologe Dominique Lorrain in der *Revue française de science politique* dargelegt, dass das Problem der städtischen Armut weniger die großen *banlieues* der Metropolen betrifft als vielmehr die Kleinstädte, die isoliert in ländlicher Umgebung liegen (Lorrain 2006). Der Autor vergleicht eine Provinzstadt, die von der Industrieproduktion verlassen nah der deutschen Grenze liegt und unter dem unheilvollen Namen Verdun bekannt ist, mit der *cité Hautes Noues* in der Pariser Banlieue. Auf den ersten Blick steht die Pariser Siedlung schlechter da als die Stadt in Lothringen. 1999 beträgt die Arbeitslosenquote in Haute Noues 21% und in Verdun 17%. Auch der Prozess der Prekarisierung in Hautes Noues ist wesentlich deutlicher: der Anteil an Langzeitarbeitslosen liegt dort bei 44%, in Verdun bei etwas über 30%. Aber auch der Anteil von Menschen unter 20 Jahren ist in Hautes Noues höher: 36% zu 28% in Verdun. Ebenso verhält sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung: 22% in Hautes Noues gegen weniger als 5% in Verdun. Auf der Grundlage dieser Indikatoren erhielt Hautes Noues mehr öffentliche Gelder, die für benachteiligte Siedlungen vorgesehen sind als Verdun: das Programm für Hautes Noues belief sich auf 64 Millionen Euro, d.h. 12 000 Euro pro Einwohner im Zeitraum 2007 bis 2012 während Verdun mit dem abgeschlossenen „Stadtvertrag“ zur Unterstützung verschiedener Stadtviertel gerade mal 12 Euro jährlich pro Einwohner erhielt. Somit sind diese Indikatoren die prekären Indikatoren über das soziale Elend. Die Jugend verlässt die Stadt Verdun (wie die gesamte Region) in Richtung Deutschland, Luxemburg, Großraum Paris oder in die Schweiz. Zugleich spiegelt die Jugend der

Vorstädte die Flucht junger Menschen aus anderen Städten.² Auf diese Weise ignorieren die sozialpolitischen Programme, die speziell für Jugendliche entworfen werden, genau die Städte, aus denen die jungen Menschen fliehen. Diese schweigende Abwanderung ist ein Ausdruck des redlichen Protests, eine Form kollektiver Resignation, die die Absicht hat, die politische Ordnung zu destabilisieren und sie damit unverändert lässt. Die Schweigsamkeit der Exilierten zeigt sich an den Wahlurnen: 2002 erreichte der *front national* in den östlichen Departements Frankreichs, wo die Zahl der Abgewanderten oder Nicht-Wähler beträchtlich ist, über 25%. Seitdem ist in diesen Gebieten der Wahlanteil und die gesamte Signifikanz des Front National noch deutlicher geworden: bei der 2012 Präsidentenwahl hat Marine Le Pen die gleichen Ergebnisse erreicht, jedoch mit höherem Wahlanteilen, so dass ihre Anziehungskraft in absoluten Zahlen stark gewonnen hat. Diese Beobachtung kann man mit den berühmten Worten Hirschmans beschreiben: „Unter welchen Bedingungen wird die Reaktionsweise Abwanderung der Reaktionsweise Widerspruch vorgezogen, und umgekehrt?“ (Hirschman 1974: 4) Auch wenn man Indikatoren wie Lebensqualität zu Rate zieht, um die Stadtentwicklungsprogramme zu vergleichen, würde man sehen, dass die *cités* in den *banlieues* tatsächlich sehr viel besser da stehen als die Kleinstadt in Lorraine. In zehn Minuten erreicht man in Hauts de France zu Fuß sämtliche Sportanlagen und in 15 Minuten die riesigen Einkaufszentren des Pariser Banlieue. In 20 Minuten und für 2,50 Euro erreicht man per RER (S-Bahn) das Pariser Stadtzentrum, und von dort in einer Stunde Lille, in 3,5 Stunden Marseille, Amsterdam, London (per TGV). Von der Vorstadtsiedlung Verduns aus ist der öffentliche Nahverkehr ins kleine Stadtzentrum von Verdun komplizierter und kaum ausgebaut. Größere Entfernungen erfordern eine lange Reise im Auto/Bus (Nancy befindet sich 100 km entfernt, kostet 46 Euro im eigenen PKW, 6,40 Euro im Reisebus mit zweimaligem Umsteigen und einer Fahrtzeit von drei Stunden pro Strecke); 3,5 Stunden dauert die Reise nach Paris. Die Begrifflichkeiten Gilles Deleuzes (2007) aufgreifend wird so erkenntlich, dass unter einer scheinbaren Wiederholung der Ereignisse die wahren Unterschiede begraben liegen: diese vergessenen Städte haben es plötzlich geschafft, dass man von ihnen spricht. Sie haben die Schweigsamkeit durch das Sprechen abgelöst und die Abwanderung durch den Protest ersetzt. Das städtische Elend ist nicht mehr notwendigerweise das, was man lange dafür hielt. Und es zeigt sich zum ersten Mal in den gleichen Formen die es in den französischen *banlieues* in den Jahren von 1990-2000 annahm. Eine dritte Erklärung konzentrierte sich auf die Aufstandswelle im Oktober/November 2005 und hatte eine sehr heftige Debatte angeheizt. Der Soziologe Hugues Lagrange stellte dabei die Rolle der schwarzafrikanischen Migranten bei der Auslösung der sozialen Unruhen in den Vordergrund (Lagrange 2009 und vor allem Lagrange 2010).

Die Geographie der sozialen Unruhen von 2005 hatte, abgesehen von den Städten, die direkt vom Tod der beiden Jugendlichen betroffen waren und der dort der Auslöser für die folgenden Ereignisse war, nichts mit denjenigen des Jahrzehnts von 1990-2000 gemeinsam: es waren weder Städte im Großraum Lyon, noch in der östlichen oder südlichen Banlieue von Paris, dagegen viele abgeschiedene Kleinstädte im Westen oder Osten Frankreichs, Siedlungen oder Vorstädte, die sehr weit vom Stadtzentrum entfernt liegen. Von dieser Tatsache ausgehend vergleicht Hugues Lagrange zunächst jene Faktoren, in denen sich die Städte mit Unruhen von jenen ohne Unruhen unterscheiden. Dies erfolgt mittels einer statistischen Analyse von Korrelationen zwischen verschiedenen Variablen entsprechend einer angepassten Methode, die bereits ausgiebig eingesetzt wurde, um die auslösenden Faktoren der Unruhen in den 1960er Jahren in den USA aufzuklären. Lagrange zeigte auf diese Weise Faktoren auf, die er als ausschlaggebend auswies: Die sozialen Unruhen ereigneten sich vor allem in Stadtvierteln, die durch Armut, aber insbesondere durch eine große Diskrepanz zwischen den Vorortsiedlungen (*cités*) und den Stadtzentren gekennzeichnet sind. Die Aufstände spielten sich zudem in Vierteln ab, in denen überproportional viele Menschen unter 20 Jahren leben (mindestens ein Drittel der Bewohner). Doch diese Erklärung ist selbst noch nicht ausreichend: die Pariser Banlieue ist in Frankreich das Gebiet mit dem größten Anteil Jugendlicher an der Bevölkerung. Dennoch ist es dort in vielen Städten ruhig geblieben. Aussagekräftiger als die

² (vgl. dazu die hervorragende Ethnographie von Nicolas Renahy 2006: 223-272)

schlichte Betrachtung der Alterspyramide ist der Faktor Jugendarbeitslosenquote und vor allem die Diskrepanz zwischen der Jugendarbeitslosigkeit in den *cités* und derjenigen im Stadtzentrum. Hinzu kommt ein konjunktureller Faktor. Außerdem sind die von den Unruhen betroffenen Städte vermutlich eben jene, die eine Sanierungsvereinbarung mit dem Staat zugestimmt haben, was Umzüge und Neuansiedlungen der Bewohner und Bewohnerinnen einschließt und für die Familien vor allem einen hohen Stressfaktor bedeutet. Zu den genannten Faktoren kommt schließlich noch der Migrationsaspekt in den Städten. Zum einen kann man das merkwürdige Phänomen feststellen, dass die räumliche Segregation Unruhen nicht befördert. Genauer gesagt ist der Ausbruch von Unruhen weniger wahrscheinlich, wenn die Segregation sehr stark oder auch besonders schwach ist; städtische Aufstände kommen doppelt so häufig vor, wo die Segregation durchschnittlich ist, d.h. dort, wo die ausländische Bevölkerung der Siedlungen ein wenig mit der französischstämmigen Bevölkerung der Stadtzentren vermischt ist. Hinzu kommt zum zweiten ein Element der Migration, das Lagrange (2010) nach unserer Auffassung unpassend als „kulturell“ bezeichnet hat. Lagrange hatte festgestellt, dass es zwei korrelierende Faktoren gibt, die die Unruhen betreffen: die Anwesenheit von Großfamilien (6 Mitglieder und mehr) und von Bewohnern und Bewohnerinnen aus den Ländern Schwarzafrikas in den betroffenen Städten. Daraus schloss er in seinen ersten Veröffentlichungen zum Thema (Lagrange 2009), dass die jüngste Immigration, besonders die neue Immigration von schwarzafrikanischen Großfamilien einer der auslösenden Faktoren für die Unruhen ist, der auch einen Großteil der neuen Geographie der Unruhen erkläre. So haben die Unruhen unter einer scheinbaren Gleichförmigkeit ihren Charakter geändert. Sie spielen sich in Städten mit neuer Immigration ab, in denen die Armut verhärtet ist und die zuvor niemals mit sozialen Unruhen zu kämpfen hatten (daher stellten diese 2005 auch ein gravierendes Problem für die Polizei dar, die nicht die richtige Geographie der Unruhen im Kopf hatte). Im Grunde ist es die urbane Armut, die sich in Frankreich geändert hat. Die Städte der Banlieue waren das Ziel massiver öffentlicher Bemühungen, wohingegen die kleinen Städte in der Provinz abgeschrieben wurden. Ein unübersehbarer Faktor fehlt allerdings noch, um die Auslösung der Aufstände zu erklären: die Polizei. Die Polizei steht in Verbindung mit jeglichen sozialen Erhebungen in Frankreich, sei es, weil sie auf die eine oder andere Art Gewalt ausübte, sei es, weil Gerüchte ihr diese oder jene Gewalttat zuschrieben (vgl. dazu Jobard 2004, Gauthier & Keller 2010 oder Jobard 2013). In diesem Punkt haben sich die Dinge seit „Les Minguettes“ 1981 nicht geändert.

2.2. Lohnt sich die kollektive Gewalt?

In Frankreich gibt es zahlreiche Artikel zur politischen Dimension der Ausschreitungen. Es ist fast schon ein eigener Themenbereich geworden. Als Soziologe fragt man sich, ob die Unruhen politischer Natur sind oder nicht. Diese scheinbar ins Feld der Soziologie oder Politikwissenschaft gehörende Frage richtet sich jedoch nicht an die *scientific community* der Sozialwissenschaften, sondern an Politiker oder Journalisten, die allzu schnell eine politische Bedeutung der Unruhen verneinen um stattdessen nach althergebrachter Rhetorik (vgl. Marx 1970) die gewalttätige und kriminelle Bedeutung zu betonen. Die üblicherweise angebotene Erklärung ist diejenige, dass die Gewaltäußerungen zwar nicht mit mündlichem Protest verbunden sind (die Aufrührer sind weder in politischen Gruppen organisiert noch ist ein Wortführer mit einer klaren Forderung erkennbar), aber es handelt sich dennoch um Gewalt mit politischem Hintergrund – und daher werden die sozialen Unruhen als protopolitische, präpolitische oder andere Bewegungen eingeordnet, im Sinne der Analyse des Banditenwesens bei Hobsbawm³.

Nach meinem Verständnis ist die Frage jedoch schlecht gestellt. Sie unterstellt eine Maßeinheit für Politisierung oder eine Dichte für den politischen Charakter der Dinge, die die Politik selbst substantialisiert oder auch essentialisiert, die aber keine großen empirischen Fortschritte erlaubt.

³ Ohne jeden Zweifel ist die repräsentative Quelle dazu Loic Wacquant (vgl. Wacquant 2009: 104, aber auch Kokoreff 2008 oder Mauger 2006).

Zudem haben die Soziologien die politischen Wahrnehmungen der Akteure selbst nicht direkt erfragt⁴. Meine Position ist dagegen, dass man nicht lediglich die Frage der Politisierung oder des politischen Bewusstseins der Aufständischen untersuchen, sondern notwendigerweise die Erhebungen im Kontext des gesamten politischen Systems betrachten muss. Damit lässt sich auch zeigen, was die Aufrührer im System erreichen und was nicht. Diese Frage wurde leidenschaftlich in der nordamerikanischen Politikwissenschaft diskutiert: Erreichen die Protestierer, beispielsweise die Arbeiter, mehr durch gewaltförmige oder durch konventionelle Proteste, beispielsweise durch Gewerkschaften? In ihrem berühmten Text bescheinigen Frances Fox Piven und Richard Cloward die Überlegenheit von „disruptiven“ Aktionen:

&Z&„Lower-stratum protestors have some possibility of influence if their action violates rules and disrupt the workings of an institution on which important groups depend. When lower-stratum groups form organizations and employ conventional political strategies, they can easily be ignored. But institutional disruptions cannot so easily be ignored. Institutional disruption provokes conflict; they arouse an array of 'third parties', including important economic interests, and may even contribute to electoral dealignment and realignment. To restore institutional stability and to avoid worsening polarization, political leaders are forced to respond, whether with concessions or repression.“ Piven & Cloward 1991: 456; s. auch der Ruf auf „Gegenstrategien“ in Piven 2009) &Z&

Unterziehen wir also die französischen Aufstände einer solchen politischen Prüfung. Dabei sollen nicht das politische Bewusstsein der Protestierer, sondern die politischen Effekte der Unruhen untersucht werden.

Von diesem Blickwinkel aus scheint das Ergebnis schon klar zu sein. Die sozialen Unruhen haben den Protestierenden sehr große Erfolge eingebracht.

Ü3&Die Politik des Kampfes gegen die urbane Armut&Ü3&

Dominique Lorrain hat es bereits dargelegt und wir erlauben uns, seine Darstellung mit einer schmerzlichen Verkürzung aufzugreifen: im zeitgenössischen urbanen Umfeld Frankreichs ist es, um vom Staat gefördert zu werden, besser jung zu sein, ausländische Eltern zu haben, Bewohner der Siedlungen in den Banlieues zu sein und von der Gewalt Gebrauch zu machen (oder zumindest damit zu drohen), statt alt und einsam zu sein, französische Eltern zu haben, Bewohner einer Kleinstadt in der Provinz zu sein und nur durch Abwanderung oder Stimmabgabe für eine radikale Partei zu protestieren... Diese Darstellung ist polemisch, aber sie gibt eine Übersicht über die Art und Weise wie sich die Politik seit „Minguettes“ immer wieder untermauert wurde – und bestätigt zugleich die Theorie der „disruptiven“ Aktionen von Piven und Cloward.

Der Schock, den die Ereignisse in „Les Minguettes“ 1981 auslösten, war so wirksam, dass die Politiker sich mit aller Aufmerksamkeit den benachteiligten urbanen Zonen Frankreichs zuwandten. Die vorherrschende Lesart war von einer städtebaulichen Sicht geprägt: der Grundgedanke war, dass die Struktur der Gebäude selbst (sehr hohe Türme, allzu gleichförmige Blöcke...) die Gewalt verursache. In diesem Sinn wurden Sanierungsprogramme und Umsiedlungen verabschiedet. Es wurde eine Politik verfestigt, deren alleinige Zielrichtung und die dementsprechende Konzentration der Mittel die besonders benachteiligten Viertel betraf. Zunächst wurden verschiedene Programme von den Ministerien verabschiedet, die „Zonen“ definierten (z.B. die Programme ZUS für „sensible urbane Zonen“ oder ZEP für Zone mit vorrangiger Bildung) und finanzielle Mittel entsprechend zuordneten. Dann wurde als Gipfel der administrativen Institutionalisierung und der Vorsorgepolitik bezogen auf das urbane Elend eigens ein „Ministerium der Stadt“ („Ministère de la Ville“) gegründet.⁵ Außerdem wurden eine ganze Reihe sozialpolitischer Instrumente geschaffen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu

⁴ Eine Ausnahme findet sich bei Kokoreff (2008)

⁵ (Epstein 2009, S. 126: “the politique de la ville emerged as a consequence of the 1981 riots and spread to an increasing number of neighbourhoods during the 1980s, from 148 in 1984 to nearly 500 in 1988”)

bekämpfen, die in den benachteiligten Vierteln 10 Prozent höher lag als im Gesamtgebiet der Republik. In der Hochphase der Stellenkürzungen im industriellen Bereich und dem Zuwachs im Dienstleistungsbereich wurden sozialversicherungsfreie Arbeitsstellen nach dem Vorbild der Schröder-Regierung (Mini-Jobs) eingeführt, um die Jugendarbeitslosigkeit (insbesondere bei Jugendlichen ohne Abschluss) zu reduzieren.

Doch um die Kriminalitätsdelikte, wie Diebstahl und Körperverletzung oder gemeinschaftliche Gewalt, zu bekämpfen, wurden schneller wirksame Maßnahmen gesucht. Hier entwickelte die französische Regierung in den 1980er Jahren massiv Beschäftigungsprogramme für Jugendliche, die darauf abzielten, „die erhitzten Gemüter abzukühlen“. Letztere Formulierung ist wörtlich zu verstehen: der Staat trug in erheblichem Maße dazu bei, dass die Jugendlichen während der Sommerferien in Urlaub fahren konnten. Seit dem Sommer 1982, fahren in den „Problemvierteln“ 10.000 Jugendliche auf Kosten des Staates in den Urlaub, weitere 100.000 profitieren von lokal angesiedelten Ferienprogrammen. Auf diese Weise werden jeden Sommer Zehntausende Jugendliche dem delinquenten Umfeld und der gemeinschaftlichen Gewalt fern gehalten. Mit Ausnahme weniger Ereignisse (darunter erneut: Les Minguettes 1983) fanden im Jahrzehnt 1980 in Frankreich keine weiteren sozialen Unruhen statt (Juhem 2000: 64-65). Parallel dazu wurden diese ehrgeizigen Programme mit dem Hintergrund gestartet, eine Jugendpolitik, die von Repression gekennzeichnet war durch eine Politik der Prävention zu ersetzen; konkret ging es um Reformen im Jugendstrafrecht und insbesondere die Minderung der Gefängnisaufenthalte Jugendlicher (Robert 2005). Die Summe dieser politischen Maßnahmen stieg mit der Gründung des Stadt-Ministeriums („Ministère de la Ville“) zu Beginn der 2000er Jahre stetig an, und zwar mit einer Ausweitung der als benachteiligt eingestuften Gebiete (von etwa 1300, werden 750 als „sensible urbane Zonen“ bezeichnet und mit finanziellen Mitteln bedacht). Die Unruhen von Vaulx-en-Velin, die 1990 in einem Viertel ausgebrochen waren, das bereits von der städtischen Politik berücksichtigt worden war, brachten damit die städtische Frage (question urbaine) ganz oben auf die Tagesordnung der zweiten siebenjährigen Regierungsphase von Präsident François Mitterand (1988-95). Die Definition der sensiblen urbanen Zonen beruhte auf eben jenen sozialen Indikatoren, die unmittelbar aus der bereits formulierten Ursachendiagnostik der Aufstände hervor gingen: es handelt sich um eine sensible Zone wenn das Viertel möglichst viele jugendliche Arbeitslose ausländischer Herkunft vorweisen kann... Wenig überraschend ist daher, dass diese Jugendlichen durch ihre Revolten die Zuteilung extrem wichtiger Ressourcen gewannen. Zusätzlich wurde manchmal auch die öffentliche Politik speziell auf sie ausgerichtet, wie diejenige des sogenannten „Jugendarbeitsplatzes“ („emploi-jeunes“) unter der Regierung des Sozialisten Lionel Jospin (1997-2002). Diese Politik bestand darin, spezielle Arbeitsverträge zu schaffen, von denen die Jugendlichen in den benachteiligten Vierteln profitieren sollten. Die öffentlichen Behörden (vor allem die Polizei und die Gendarmerie) und die Vereine (die durch die öffentliche Hand finanziert werden) haben auf diese Weise massiv von den Stellen für Jugendliche aus den Vorstädten profitiert, die wiederum ansonsten kaum oder nicht so schnell eine Arbeitsstelle gefunden hätten. Im Übrigen hat die Widerrufung dieser Maßnahmen Anfang der 2000er Jahre unter dem konservativen Präsidenten Chirac (2002-07) ohne Zweifel dazu beigetragen, dass es 2005 wieder zu sozialen Unruhen kam. An den in den 1990er Jahren geschaffenen besonderen Arbeitsstellen ist bemerkenswert, dass die Jugendarbeitsplätze ausdrücklich für die Jugendlichen aus den *cités* geschaffen wurden, und zwar genauer für die Jugendlichen, die normalerweise aufgrund ihres Migrationshintergrundes von Diskriminierung bedroht sind. Die auf dieser Basis in den Schoß der nationalen Polizei aufgenommenen „Hilfspolizisten“ („policier adjoint“ (ADS)) wurden ausgewählt, weil „die Polizei Abbild der Bevölkerung“ (d.h. multikulturell) sein sollte, wie es damals aus dem Innenministerium hieß. Genauer sollte die Polizei in den Augen des Premierministers Jospin (1997-2002) „die Jugendlichen aus den Vierteln und diejenigen mit Migrationshintergrund“ in ihren Schoß aufnehmen. Am Ende hatten 500.000 Jugendliche eine Stelle in diesem Sinne (zum Vergleich, in den „sensiblen urbanen Zonen“ gibt es weniger als 5 Millionen Einwohner).

Der Horizont der öffentlichen städtischen Politik hat sich ab 2002 geändert. Zunächst einmal waren die sozialen Unruhen ohne Zweifel zu Beginn des Jahrzehnts nicht mehr so häufig wie sie es noch Ende der 1990er Jahre waren. Doch vor allem Präsident Jacques Chirac und sein Innenminister Nicolas Sarkozy haben öffentlich den Verzicht sozialpolitischer Maßnahmen zugunsten von städtebaulichen Maßnahmen verkündet. Die Analyse war einfach: zu Beginn der 2000er Jahre hatte sich die Schere zwischen Arm und Reich zwischen den Jugendlichen aus den „sensiblen urbanen Zonen“ und den Jugendlichen, die nicht aus diesen Gebieten kamen, verdoppelt, die Kriminalität stellte in diesen Quartieren eine permanente Sorge dar und die Regierung schrieb diese Delikte dem brennpunktbezogenen „harten Kern“ der Delinquenten vorwiegend ausländischer Herkunft zu, die in den besonders verarmten *cités* am Werk seien. So wurde 2003 ein umfangreiches Programm von 10 Milliarden Euro verabschiedet, mit dem 250.000 Wohnungen in ganz Frankreich abgerissen werden sollten (die Konsequenzen bestanden in der bereits erwähnten Verunsicherung der betroffenen Familien). Dieses Programm wurde durchgeführt und in Frankreich diskutierte man daraufhin, wie die Bilanz trotz allem positiv ausfallen könnte. Festzustellen ist, dass dieses Programm auf Kosten der Sozialpolitik, der Vereine und lokalen Initiativen ausgetragen wurde. Dies bedeutete auch das Ende für die Maßnahmen zur Schaffung von Jugendarbeitsplätzen und hat damit ohne Zweifel auch die Geographie der sozialen Unruhen von 2005 unterstützt. Selbstverständlich hat die Städtepolitik versagt. Das Problem besteht allerdings darin, zu wissen, ob die Unruhen Zeichen ihres Versagens sind oder aber Zeichen ihres Erfolgs. Als Anzeichen für ihr Versagen könnte man sie betrachten, wenn man die Verärgerung und die Verarmung als Ursachen für die Unruhen heranzieht, und weiterhin annimmt die betroffenen Städte seien auch die am meisten benachteiligten. Als Anzeichen für den Erfolg der Städtepolitik müsste man annehmen, dass die Protestierer aus ihren Aktionen gelernt haben, dass sie etwas bewirken können, und wenn es nur dazu dient die Sorge um ihre Stadt auf die Tagesordnung zu bringen. Wie Gamson es formuliert, ist die Gewalt „sowohl ein Symptom des Erfolgs als auch des Versagens“ von Mobilisierung (Gamson 1975: 82).

&Ü&Die materiellen Vorteile der disruptiven Aktion&Ü&

Um diesen Aspekt der utilitaristischen Rationalität kollektiver Gewalt zu veranschaulichen, könnte man ein konkretes Fallbeispiel heranziehen. In seiner Langzeitstudie eines Viertels in der Pariser Banlieue, hat Marwan Mohammed folgende Instrumentalisierung von kollektiver Gewalt beobachten können.

&&„Die Eröffnung von ESCALE (Soziokulturelles Zentrum und Hilfe bei der Arbeitssuche) war ein großes Ereignis in der Stadt. ESCALE ist ein neues öffentliches Gebäude, das die Angebote für Jugend, Arbeit, die örtliche Mission, verschiedene Verwaltungseinrichtungen, eine Boxhalle und einen Multifunktionsraum umfasst. Der Abgeordnete und Bürgermeister der Stadt (einer derjenigen, die in ganz Frankreich verbreiteten, die Unruhen seien auf die Polygamie zurückzuführen) fördert dieses Projekt schon seit langem. Es gibt daher eine groß angelegte Einweihung in Anwesenheit von Jean-Louis Borloo, dem Minister für Arbeit und Soziales (der auch für die Stadtsanierungspolitik verantwortlich ist) und zahlreichen Journalisten. Einige Tage nach der Einweihung versuchen einige Mitglieder der ‚Mikroben‘ (wie sich eine Bande von 15-17-jähriger Jugendlicher nennt), den Motorroller eines Wachmanns zu stehlen und es findet sich ein Molotow-Cocktail in der Nähe des ESCALE. Es wird Anzeige erstattet. Gleichzeitig weist der nervöse Bürgermeister eine Frau eines Vereins (des Vereins ‚femme-relais‘) an, die Jugendbande zu einer Versammlung im ESCALE zu bitten. Überrascht kommt die Gruppe zu dem Treffen und wird von keinem geringeren als dem Abgeordneten und Bürgermeister, dem Vorsitzenden des Kabinetts, dem Verantwortlichen für Stadtpolitik, dem Koordinator für Jugend sowie von Frau D... empfangen. Während die Jugendlichen auf Vorwürfe gefasst sind, werden Ihnen im Gegenteil die Vorzüge des neuen Gebäudes detailliert dargestellt und sie werden nach eigenen Wünschen und Erwartungen für die Jugendarbeit gefragt (‚wir wurden gefragt, was wir wollen‘). Die Jugendbande wurde als solche anerkannt und

eingeladen und hat sich einen Verhandlungsspielraum eröffnet, trotz des kurz zuvor versuchten Vergehens.“ (Mohammed 2009: 167, Notiz vom 6. November 2006)&Z&

Und Mohammed ergänzt:

&Z&„Die ‚Mikroben‘ haben anfangs gar nicht realisiert, welche Macht sie auf diese Weise ausüben konnten. Jedenfalls sind solche Erfahrungen die Grundlage dafür, dass sich die Idee verbreitet hat, man könne mit sozialen Unruhen Vorteile für die ganze Gruppe herauschlagen“ (Mohammed 2009: 167).&Z&

Nach meinen eigenen Beobachtungen innerhalb einer revoltierenden *cité*, haben sich die jugendlichen Rebellen gefragt, nachdem einer ihrer Brüder bei einer Verfolgungsjagd mit der Polizei tödlich verunglückte, ob sie zu einem konventionellen politischen Protest (Demonstrationen und anderes; vgl. Jobard 2004) wechseln sollten oder bei den gewaltsamen Aufständen bleiben sollten. Einer der Jugendlichen nutzte sein Kapital als ehemaliger Aufst ndischer, um nach einigen Jahren in den Gemeinderat gewählt zu werden (und noch einträglicher, um Leiter des regionalen Zentrums für soziale Angelegenheiten zu werden).

Warum sollte dies auch verwundern? Der indische Anthropologe der „communal riots“ Paul Brass schreibt dazu: „In riot-prone areas, there are likely to be persons and groups whose specialty is the conversion of small riots into larger ones“ – diese Personen nennt er „riot engineers“ (Brass 1996: 14). Das gleiche gilt, wie wir dank der Arbeiten von Auyero (2006) für Argentinien wissen, für Hungeraufst nde oder auch dank der Studien von Sanchez-Jankowki (1991) für die USA: Gruppen die Phasen der Gewalt gewohnt sind, können damit spielen, zu diesem Mittel zurück zu kehren. Oder sie drohen mit einem erneuten Aufflammen der Gewalt, um Druck auf die lokalen Kräfte auszuüben und um Vorteile daraus zu ziehen, die sie sonst nicht oder nur mit erheblich mehr Aufwand bekommen könnten.

Dieser utilitaristische Gebrauch der städtischen Gewalt, den man mit demjenigen der Aufständischen, den *high risk activists* aus den 1960er Jahren im Süden der USA vergleichen kann, schließt natürlich nicht aus, dass die Stadtpolitik nicht erfolgreich darin war, die schwerwiegenden sozialen Parameter, insbesondere die Arbeitslosigkeit umzukehren. Ingrid Tucci und Olaf Groh-Samberg stellen auch fest, dass, solange es die französischen Schulen, vielleicht aufgrund ihrer aus den 1980er Jahren übernommenen Vorgaben, nicht schaffen, den Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu vergleichbaren Abschlüssen zu verhelfen wie den franz sischst mmigen, ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiterhin für die ausländischen Jugendlichen besonders schwer – auch im Vergleich zu Deutschland. Zwar sind „in beiden Ländern junge Menschen türkischer und maghrebinischer Herkunft am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen: Ihr Arbeitslosenanteil ist jeweils mehr als doppelt so hoch wie unter jungen Einheimischen“ (Tucci/Groh Sahmberg 2008: 322). Aber in Frankreich sind die maghrebinischen Migrantinnen und Migranten bezogen auf soziale Herkunft und Schulabschluss noch stärker benachteiligt als die türkischen in Deutschland: „Dies bekräftigt die These, dass insbesondere die maghrebinische Herkunft in Frankreich einen zur sozialen Herkunft zusätzlichen Benachteiligungsfaktor darstellt“ (ebd., 323). Zahlreiche Autorinnen und Autoren hielten fest, dass die Politik nicht zwei Jahrzehnte der De-Industrialisierung in Frankreich einfach ausgleichen kann. Und, wie es Tucci und Groh-Samberg betonen,

&Z&„die Diskrepanz zwischen dem relativen Erfolg im Bildungssystem und den diskriminierenden Effekten auf dem Arbeitsmarkt bei jungen Menschen maghrebinischer Herkunft in Frankreich ist besonders groß, wesentlich größer als in Deutschland. In dieser Diskrepanz findet die strukturelle Enttäuschung der revoltierenden jungen MaghrebinerInnen eine zentrale Erfahrungsgrundlage“ (ebd. 329).&Z&

Jedoch ist es im Hinblick auf die Erklärung des Übergangs zum Handeln innerhalb einer Situation der (persönlichen oder geteilten) unberechtigten Ausschließung vom Arbeitsmarkt meiner Ansicht nach

notwendig, eine eigenständige politische Dimension einzuführen: jene überhaupt Chancen zu sehen, auch ohne Erwerbsarbeit, materielle oder symbolische Ressourcen von Seiten der Öffentlichkeit beanspruchen zu können. Erneut spielt die Politik also eine Rolle und die kollektive Gewalt zahlt sich aus, auch wenn sie nicht die gesamte Rechnung begleichen kann.

Ein zweiter politischer Bereich, in dem die Unruhen eine strukturelle Rolle spielen, ist weniger derjenige der *policies* als der derjenige der *politics*; anders gesagt, es geht weniger um die Anhäufung öffentlicher Ressourcen, als vielmehr um einen Wettbewerb um die politische Macht.

3. Der Aufstand innerhalb des politischen Spiels

Der Aufstand ist ein Teil des politischen Spiels, oder, etwas feiner ausgedrückt, Teil der Politik. Von diesem Standpunkt ausgehend, muss man versuchen zu verstehen, was er dazu beiträgt, die Ressourcen neu zu verteilen und wie sein Verhältnis zur politischen Macht ist; aber auch welche Person als Mitspieler gelten.

der städtische Aufstand und kollektive Identitäten

Wenn man einen Bereich nennen sollte, in dem Aufstände tatsächlichen Einfluss gewonnen haben, so ist sicherlich die Neudefinition kollektiver Identitäten zu nennen. Durch die kollektive Gewaltausübung, haben die Jugendlichen in den *cités*, und vor allem die nordafrikanischen Jugendlichen, erheblich an Sichtbarkeit gewonnen. Es wurden speziell für diese Gruppe, die weiterhin euphemistisch betitelt wurde (als „Jugendliche aus den Vororten“, Jugendliche „aus der französischen Vielfalt“ oder „Jugendliche mit Migrationshintergrund“), Programme wie die *emplois-jeunes* (Jugendarbeitsplätze) entworfen. Zehn Jahre nach der Einrichtung dieser Förderungsmaßnahmen zur Jugendbeschäftigung und einige Monate nach den Unruhen vom November 2005, brachte Premierminister Dominique de Villepin ein Gesetz (zur „Chancengleichheit“) zur Abstimmung, das er präsentierte, als sei es für die Opfer von Diskriminierung gedacht:

„Diskriminierung, sei sie nun direkt oder indirekt, ist für die Menschen, die in den benachteiligten Quartieren leben, für die Immigranten und ihre Nachkommen, und für diejenigen die aus den Departements und Gebieten von Übersee kommen (...) eine erhebliche Sorge. Die Chancengleichheit betrifft besonders die Jugendlichen aus den ZUS (...). Aber diese Krise (die nationalen Aufstände von 2005) haben uns geholfen, zu erkennen, wie zahlreich die Schritte sind, die wir auf diesem Wege noch gehen müssen.“ (Präambel der Gesetzesvorlage zur Chancengleichheit, dem Parlament, präsentiert am 16. Januar 2006)⁶

Im Grunde ist es unwichtig, ob die in diesem Gesetzesvorhaben geplanten Vorgaben zur Bekämpfung von „Diskriminierung“ erfolgreich wären oder nicht (im konkreten Fall wurden sie nicht beschlossen, da die Jugend sich mit äußerst aufgebrachten Demonstrationen dagegen auflehnte; vgl. Jobard 2011). Das Entscheidende ist: Die lange Zeit vollständig ignorierten und auf eine ununterscheidbare Masse des urbanen Neo-Proletariats reduziert, wurden die Jugendlichen, die sichtbaren Minderheiten angehören, mit diesem Gesetzentwurf als wiedererkennbare Gruppe identifiziert und damit Teil der öffentlichen Diskussion bzw. der öffentlichen Politik.

Seinen Ursprung hat diese Identifikation allerdings bereits in den Versuchen, die gewaltsamen Unruhen in Lyon in den 1980er Jahren in politische Forderungen umzuwandeln. Zu dieser Zeit bildete sich eine Bewegung junger Maghrebiner, um von Minguettes aus den Marsch für Gleichheit und gegen Rassismus anzutreten, dem sich Tausende junger Maghrebiner und ihre Unterstützer aus Paris anschlossen. Sie gingen bis zum französischen Präsidenten François Mitterrand, der einige

⁶ ZUS= Zones urbaines sensibles (vgl. oben im Text)

Maßnahmen zu ihren Gunsten einleitete, wie vor allem die Liberalisierung der Einwanderung. Es ist schwierig im Detail die Art dieser Mobilisierung zu erklären, die eine groß angelegte Umwandlung der Mikro-Unruhen in der Region um Lyon darstellte. Begnügen wir uns daher zusammenfassend damit, dass diese Bewegung im Folgenden von den Jugendorganisationen der sozialistischen Partei absorbiert wurde, die schnell die jungen maghrebischen Führungskader aus der Bewegung verdrängten. Diese Episode wird heute wieder ins Gedächtnis gerufen. Und sie zeichnet sich für die jugendlichen Protestierer als ein dauerhaftes Misstrauen gegenüber der Möglichkeit aus, von sich selbst aus die Gewalt gegen das öffentliche Sprechen zu tauschen und damit in Organisationsformen zu überführen, die Bestand hätten. Das hat heute noch einen Bruch bzw. ein regelrechtes Zerbröckeln der Bemühungen in den verschiedenen französischen *cités* zur Folge, den gewaltsamen politischen Protest in eine institutionalisierte Protestbewegung umzuwandeln. Hinzu kommt, dass damit die erneut die Überzeugung bestärkt wurde, dass sich nur die Demonstration von Gewalt auszahlt (Jobard 2004).

Heute haben sich die Mobilisierungskader und der politische Rahmen im Ganzen verändert. Die Aufstände, insbesondere jene von 2005, haben es den Jugendlichen aus den Vorstadtsiedlungen erlaubt, sich als politische Subjekte zu konstituieren – und zwar nicht nur als Aufständische, sondern als Schwarze, Maghrebener... der *cité*. Während die afrikanischen Organisationen noch mit den Botschaften der Herkunftsländer verbunden waren (eine der größten ist die Vereinigung marokkanischer Arbeiter in Frankreich), gewannen sie Autonomie und Sichtbarkeit, die sowohl Jugendliche mit ihren Schwierigkeiten wie auch deren spezielle Interessen repräsentiert.

&Ü3&Vom Aufstand zur Stimme (voix)&Ü3&

An dieser Stelle möchte ich die Trilogie von Albert Hirschmann aufgreifen: Exit, Voice und Loyality. Auswanderung, Widerspruch, Loyalität. Vergleicht man die Proteste der Jugendlichen aus den *cités* mit der langwierigen Hinwendung zur Zivilisation innerhalb der Arbeiterbewegung im Laufe des 19. Jahrhunderts, die nur langsam die Arbeiter dazu brachte, die Barrikaden zu verlassen und die Urnen zu erobern, könnte man dann sagen, dass die jugendlichen französischen Aufständischen diesen Weg vom Widerspruch zur Loyalität oder von der disruptiven kollektiven zur „konventionellen“ kollektiven Aktion ebenfalls einschlagen werden?

Das zentrale Element, das man im Blick haben sollte ist, dass die Zeit auch hier ihre Arbeit tut. Die Zeit verrichtet ihr Werk, in dem Sinne, dass die Jugendlichen nicht jung bleiben, selbst Väter werden usw.... Es ist auffällig, dass weniger die Kinder der (maghrebischen) Aufständischen aus den 1990er Jahren sich in den 2000er Jahren auflehnten als vielmehr die neu nach Frankreich eingewanderten. Man könnte diese diachronische Situation beschreiben, indem man sagt, dass der Aufstand allgemein eine politische Erfahrung der städtischen benachteiligten Jugend ist; und wenn die Jugendlichkeit vergeht, lässt auch die Gewalt nach und macht entweder politischer Apathie oder anderen Artikulationsformen Platz. Die Zeit vergeht auch bezogen auf die Strukturen und die Städte. Durch Rückbau und Sanierung im Rahmen der stadtpolitischen Programme haben sich diese in den letzten 35 Jahren stark transformiert. Es ist daher kaum verwunderlich, dass es auch neue Geographien der urbanen Aufstände gibt, die ganz im Gegensatz zum Bild der Stagnation und des Ghettos eine viel mobilere Gesellschaft zeigt als man vermuten würde – und dies gilt auch für die Kinder des städtischen „Lumpenproletariats“. Der Kontext muss im Kontext dieses doppelten Zyklus betrachtet werden: dem Zyklus der individuellen Biographien und des Moments der Jugendlichkeit; dem Entwicklungszyklus unserer Städte.

Sicher ist, dass die sozialen Unruhen einen Anstieg der Wahlbeteiligung zur Folge hatten. Diese Fakten sollten allerdings mit Vorsicht betrachtet werden. Um das Wahlrecht auszuüben, ist es in Frankreich notwendig, sich auf einer Wahlliste einzutragen, die für jede Gemeinde ausgestellt wird. Der feststellbare Anstieg der Einschreibungen auf den Wahllisten in den Kommunen der Banlieues ist zwischen 2005 und 2007, dem Jahr der Präsidentschaftswahl (in der Nicolas Sarkozy vom Innenminister zum Präsidenten der Republik wurde) zu verzeichnen. Tatsächlich handelt es sich aber

bei dem deutlichen Anstieg ab 2005, der einer sozialen Bewegung durch die Banlieue-Jugend für eine Einschreibung in die Wahllisten bereits 2002 begann, nachdem der Anführer der extremen Rechten, Jean-Marie Le Pen durch eine sehr geringe Wahlbeteiligung 2002 den Einzug in die Stichwahlen zur französischen Präsidentschaftswahl erreichte. Die Volkswirtschaftler haben übrigens sowohl eine Korrelation zwischen Aufständen und Wahlbeteiligung festgestellt (d.h. wenn man sich auf die Wahlliste eingetragen hat, geht man auch wählen), als auch eine Korrelation zwischen Aufständen und linken Stimmen (beide Korrelationen sind übrigens in allen Punkten gleich – vgl. Fauvelle-Aymard et al. 2009). Von einem reinen Beobachtungsstandpunkt aus ist wahr, dass der Kandidat Nicolas Sarkozy seine schlechtesten Ergebnisse in den am schwersten von den sozialen Unruhen von 2005 betroffenen Gebieten erzielte – das gilt sowohl für die Wahlen 2007 (die er gewann) als auch für die Wahlen 2012 (die er verlor).

Dieser Anstieg der Wahlbeteiligung und die klare Tendenz zu einer Stimmabgabe für die Linke dauerte jedoch nicht lange an. Die „Neu-Wähler“, diese Jugendlichen aus den *cités* der Banlieues, waren eher von ihrer tiefen Abneigung gegenüber der Person Nicolas Sarkozy angestachelt als dass sie sich dauerhaft in das politische System integriert hatten. Tatsächlich sank die Wahlbeteiligung in den *cités* nach den Parlamentswahlen im Juni 2007 und den Kommunalwahlen 2008 wieder auf das gewohnt niedrige Niveau. Also muss man die hohe Wahlbeteiligung als Ausweitung des personalisierten Kampfes gegen Nicolas Sarkozy sehen: die Wahlstimme wurde genutzt, aber eben nicht als solche (d.h. als „konventionelles“ politisches Mittel). Außerparlamentarische Möglichkeiten der politischen Artikulation werden nach wie vor präferiert. Dies bedeutet, dass die Zäsur zwischen dem Feld der institutionalisierten Politik und den Protestbewegungen der Banlieues bestehen bleibt. Zuletzt sollte nicht nur der Nutzen der Aufstände von Seiten der Aufständischen betrachtet werden, sondern von Seiten ihrer Gegner, und in diesem Fall von Nicolas Sarkozy. Man muss sich nur die Auswirkungen der Instrumentalisierung des Lumpenproletariats durch die Übergangsregierung der Republik von 1848 in Erinnerung rufen: die Regierung bediente sich ihrer, wie uns Karl Marx und Friedrich Engels erläutert hatten⁷, um den Arbeiteraufstand vom Februar zu bezwingen und so endgültig die eigene bürgerliche Macht auf der Asche der Arbeiterbewegung aufzubauen. Nun haben die Aufstände in Frankreich die kollektive Wahrnehmung erschüttert und sich um eine oder mehrere kollektive Ängste reorganisiert. Dies war vor allem bei den Unruhen von 2005 der Fall, die über mehrere Monate hinweg eine Umkehrung der Prioritäten bei den Franzosen bewirkten und einen Anstieg der konservativen und rassistischen Meinungen zur Folge hatten. Während etlicher Monate standen plötzlich nicht mehr die Sorge um die Arbeitslosigkeit oder die Wirtschaftskrise im Mittelpunkt, sondern der Islam, die Banlieue, die aufrührerische Jugend. Das allgemeine politische Vorgehen von Nicolas Sarkozy bestand darin, nicht mehr zwischen links und rechts zu trennen, sondern zwischen Barbarei und Zivilisation. Dies setzte sich nach und nach in den Zeitungen und in den Köpfen der Menschen fest. Diesem Umstand verdankt Nicolas Sarkozy auch den Wahlsieg von 2007: Er gewann in jenen Fraktionen der linken Wählerschaft, für die eigentlich Erwerbsarbeit und Kaufkraft an erster Stelle stehen, für die aber zu Zeiten der Wahl diese Anliegen zweitrangig waren. Spiegelbildlich zu den Jugendlichen aus den *cités*, die sich an der Wahl beteiligten, war dieser Eingriff ins politische Spiel nicht von Dauer. Vincent Tiberj zeigt empirisch, dass mittlerweile die Ausreiser in den Kurven der Meinungsumfragen wieder auf ein normales Niveau gefallen sind (d.h. auf lange Sicht gibt es weniger konservative und fremdenfeindliche Meinungen gegenüber Immigranten) und dass die Besorgnis bezüglich der Banlieues und der Delinquenz wieder ihren gewohnten zweitrangigen Platz einnehmen. Während des gesamten Wahlkampfes 2012, versuchte der Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy die Gespenster der Barbarei wiederzubeleben, aber seine Bemühungen haben sich diesmal gegen ihn selbst gewandt: nicht nur, dass er die Wähler nicht von der Dringlichkeit dieser Thematik überzeugen konnte. Zusätzlich wurde ihm jegliche Kompetenz auf

⁷ Vgl. die treffenden Analysen von Traugott 1985. Die marxistische Intuition bleibt heuristisch, wie die sehr brutalen Zusammenstöße zwischen verschiedenen Klassen von Jugendlichen beispielsweise auf der „esplanade des Invalides“ in Paris im Frühjahr 2006 zeigen (vgl. Jobard 2011).

diesem Gebiet abgesprochen, schließlich hatte er als Innenminister seit 2002 und als Präsident der Republik seit 2007 genug Möglichkeiten des Eingreifens gehabt.

&Ü2&Fazit&Ü2&

Die Aufstände sind unbestreitbar eine Form der Politisierung des urbanen Elends. Sie sind weder ein planloser und chaotischer Ausdruck von Anomie (wie es Candeias 2009 betont) noch eine vorpolitische Form, die durch ihren „direkten und spontanen“ (Wacquant 2009) Charakter gekennzeichnet wäre. Tatsächlich haben wir gesehen, dass der Übergang zur kollektiven Gewalt auf lokalen Beschlüssen beruht, in denen die Vorteile und Risiken besprochen werden – aber er beruht auch auf sehr besonderen strukturellen Bedingungen, die vor allem mit der Geschichte der Migrantengruppen zusammen hängen. Außerdem haben wir gesehen, dass „those who are unruly have most notable success“, wie Gamson bereits 1975 betonte.

Doch wir sollten diesen Erfolg nicht übertreiben. Sicherlich haben die Aufstände knallhart dazu beigetragen, die städtischen Probleme der Agenda der öffentlichen Politik aufzudrängen und – viel langsamer – dazu, eigene politische Zusammenschlüsse zu formen und die kollektiven Identitäten zu transformieren. Auf einem anderen Gebiet haben die Aufständischen jedoch nichts erreicht, und zwar hinsichtlich einer grundsätzlichen Veränderung der polizeilichen Praxis. Zwar wurden die aberwitzigsten Missstände, wie das Fehlen eines Anwalts während des Polizeigewahrsams, behoben; zum Beispiel nach 1991 als es zu den Unruhen in Mantes-la-Jolie (mit zwei Toten durch Polizeiübergriffen) kam, weil ein Jugendlicher auf der Polizeistation verstarb. Aber auf lange Sicht hatte dieser Aufstand paradoxerweise das harte Eingreifen der französischen Polizei als letztes Mittel „gegen die Barbarei“ sogar legitimiert und in Folge zu einer weiteren Zentralisierung und Militarisierung der Polizei geführt.

Fest steht, dass man den Ritus und die Vernunft nicht als Gegensätze begreifen kann, nicht, wie wir es hier getan haben, also ein blindes Verfolgen der rituellen Formen des Protests auf der einen Seite und das rationale Abwägen der Vorteile einer gemeinschaftlichen Aktion gegenüber ihren Risiken auf der anderen Seite. Wenn die Aufstände in Frankreich weiter andauern, so geschieht dies, weil im Laufe der Jahrzehnte klar wurde, dass sie ein effizientes Mittel sind, um innerhalb determinierter sozialer Räume und zu genau bestimmbar Zeitpunkten im Leben Forderungen Gehör zu verschaffen, die ansonsten keine Chance hätten gehört zu werden, wenn sie sich nicht den rituellen Weg des aufständischen Protests zu Nutze machen würden.

&Ü2&Literaturverzeichnis&Ü2&

Auyero, Javier (2006): The Political Makings of the 2001 Lootings in Argentina. *Journal of Latin American Studies*, 38, 2, S. 241-265.

Béroud, Sophie; Gobbille, Boris et al. (Hg.) (2011): *Engagements, rébellions et genre dans les quartiers populaires en Europe (1968-2005)*, Paris.

Blanchard, Emmanuel (2011): *La police parisienne et les Algériens (1944-1962)*, Paris.

Deleuze, Gilles (2007): *Differenz und Wiederholung*. München.

Epstein, Renaud (2009): Urban renewal = riot revival? The role of urban renewal policy in the French riots. In: Waddington, Dave; Jobard, Fabien; King, Mike (Hg.) (2009), S. 124-134.

Fauvelle-Aymard, Christine; François, Abel; Vornetti, Patricia (2009): The 2007 presidential election and the 2005 urban violence in French 'deprived areas', In: Waddington, Dave; Jobard, Fabien; King, Mike (Hg.) (2009), S. 173-182.

Fossé-Polliack, Claude; Mauger, Gérard (1983): Les loubards. In: Actes de la recherche en sciences sociales, 50, S. 49-68.

Candeias, Mario (2009), Von der Anomie zur Organisierung. Die Pariser banlieue, in Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die Soziale Frage am begin des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a.M.

Gamson, William (1975): *The strategy of social protest*. Homewood.

Gauthier, Jérémie; Keller, Carsten (2010): Kontrollpolitik und Konflikteskalation in benachteiligten Stadtteilen. Ein deutsch-französischer Vergleich. In: Soeffner, Hans-Georg (Hg.), *Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen*, Abhandlung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DVD).

Hirschman, Albert (1974): *Abwanderung und Widerspruch*. Tübingen.

Jobard, Fabien (2004): Der Ort der Politik. Politische Mobilisierung zwischen Aufstandsversuchung und Staatsgewalt in einer Pariser Vorstadt. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 3, 2004, S. 319-338.

Jobard, Fabien (2011): L'esplanade des Invalides. In: *Vacarme*. 57, S. 165-170 (verfügbar unter <http://www.vacarme.org/article2095.html>).

Jobard, Fabien (2013): Zur politischen Theorie der Polizei. In: *WestEnd*, Neue Zeitschrift für Sozialforschung, 13, 1, S. 65-77.

Juhem, Philippe (2000): "Civiliser" la banlieue. Logiques et conditions d'efficacité des dispositifs étatiques de régulation de la violence dans les quartiers populaires. In: *Revue française de science politique*, 50, 1, S. 53-72.

Kokoreff, Michel (2008): The political dimension of the riots in 2005 questioned. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 34, 2, 2008, S. 415-428.

Hugues Lagrange (2009), The French riots and urban segregation. In: Waddington, Dave; Jobard, Fabien; King, Mike (Hg.) (2009), S. 107-123.

Lagrange, Hugues (2010): *Le déni des cultures*. Paris.

Lorrain, Dominique (2006): La dérive des instruments. Les indicateurs de la politique de la ville et l'action publique. In: *Revue française de science politique*, 56, 3, S. 429-455.

Marx, Gary (1970): Issueless riots. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 391, Sept. 1970, S. 21-33.

Mauger, Gérard (2006): *L'émeute de novembre 2005: une révolte protopolitique*, Bellecombe-en-Bauges.

Mohammed, Marwan (2009): Youth Gangs, Riots and the Politicisation Process, in Waddington, Dave; Jobard, Fabien; King, Mike (Hg.): *Rioting in the UK and France: A comparative analysis*. Cullompton, S. 157-172.

Naegler, Laura (2014): The ritual of insurrection and the 'thrill-seeking youth'. An instant ethnography of inner-city riots in Germany. In: Pritchard, David; Pakes, David (Hg.), *Riot, Unrest and Protest on the Global Stage*, London, S. 151-168.

Piven, Frances F. (2009): Der Wirklichkeit ins Auge schauen - Strategien zur Stärkung der „Macht von unten“ im Zeitalter neoliberaler Globalisierung. In: *Transform!*, 5, 2009.

Piven Frances F.; Cloward, Richard (1991): Collective Protest. A Critique of Resource-Mobilization Theory. In: *International Journal of Politics, Culture and Society*, 4, 4, S. 435-458.

Renahy, Nicolas (2006): dans *Les Gars du coin. Enquête sur une jeunesse rurale*. Paris, La Découverte, S. 223-272.

Robert, Philippe (2005): *Bürger, Kriminalität und Staat*, Wiesbaden.

Sanchez-Jankowski, Martin (1991): *Islands in the street: Gangs and American urban society*, Berkeley.

Traugott, Mark (1985): *Armies of the Poor. Determinants of Working-Class Participation in the Parisian Insurrection of June 1848*. Princeton.

Tucci, Ingrid; Groh-Samberg, Olaf (2008): Das enttäuschte Versprechen der Integration: Migrantennachkommen in Frankreich und Deutschland. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 34, 2, S. 307-333.

Wacquant, Loic (2009): Die Wiederkehr der Verdrängten. Unruhen, „Rasse“ und soziale Spaltung in drei fortgeschrittenen Gesellschaften. In: Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Ende des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt, S. 85-113.

Waddington, Dave; Jobard, Fabien; King, Mike (2009): *Rioting in the UK and France: A comparative analysis*. Cullompton.